

Antrag 2

an die 11. Vollversammlung vom 9. 11. 2017
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

Digitale Grundbildung als Gegenmaßnahme zu Hass im Netz

Eine der Schattenseite der Digitalisierung und eines der großen Problemfelder im Zusammenhang mit dem Internet sind stark zunehmende Hass-Äußerungen in Form von Hasspostings, Cyber-Mobbing und auch Fake News (siehe z.B. Rassismus-Report des Vereins Zara 2015, 2016). Hass und Beleidigungen können unter dem scheinbaren Schleier der Anonymität über das Internet verbreitet werden.

Es gibt bereits etliche fach einschlägige Beratungsstellen (z.B. „Rat auf Draht“, der Internet-Ombudsmann und die neu errichtete Beratungs- und Meldestelle „#GegenHassimNetz“), die sich dieses Problemfeldes annehmen.

Seit 2013 gibt es auch eine Kampagne des Europa-Rats mit den Titel "No Hate Speech Movement"; sie wird in Österreich durch das Bundesministerium für Familien und Jugend unterstützt.

Hasspostings können auch gesetzlich verfolgt werden - es gibt bereits mehrere anwendbare Straftatbestände:

- Verhetzung
- Üble Nachrede
- Beleidigung
- Verleumdung
- Kreditschädigung
- Gefährliche Drohung
- Nötigung
- Cyber-Mobbing-Paragraph
- Verstoß gegen das Verbotsgesetz

Eine aktuelle Studie der AK Steiermark zum Thema Cyber-Mobbing hat gezeigt, dass in Schulen Cyber-Mobbing ein sehr bekanntes Phänomen ist - 2/3 der befragten SchülerInnen kennen Cyber-Mobbing-Fälle in ihrem näheren Umfeld und über 70% wünschen sich ein Unterrichtsfach zum Thema "Medienverhalten". ExpertInnen empfehlen präventive Maßnahmen gegen „Hass im Netz“ als allerwichtigste Gegenstrategie.

Seit 2 Monaten gibt es an ungefähr 170 Schulen in Österreich als Pilotprojekt die verbindliche Übung „Digitale Grundbildung“. Ab dem nächsten Schuljahr wird es dieses Schulfach in allen österreichischen Schulen für 10- bis 14-Jährige geben. Durch dieses neue Schulfach sollen Schülerinnen „zukunftsfit“ gemacht werden, so die bisherige Bildungsministerin Dr. Hammerschmied.

Als vorbeugende Maßnahmen gegen das Phänomen „Hass im Netz“ wäre es sinnvoll, im Rahmen des neu geschaffenen Unterrichtsfaches „Digitale Grundbildung“ nunmehr spezielle Unterrichtseinheiten vorzusehen, um

- Bewusstseinsbildung auszubauen und zu vertiefen
- Verantwortung bei Postings bewusst zu machen
- Folgen des Handelns in Sozialen Medien abzuschätzen
- gewaltfreie Kommunikation zu erlernen

Diese Themen sind im Lehrplan dieses Schulfaches derzeit nicht enthalten.

Antrag:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die zukünftige Bundesregierung, insbesondere den /die künftige BildungsministerIn auf, Schritte zu setzen, um die Lerninhalte in dem derzeit an Schulen startenden neuen Unterrichtsfach „Digitale Grundbildung“ um präventive Maßnahmen und Methoden gegen „Hass im Netz“ zu erweitern.

Für die Fraktion der AUGÉ/UG

Ursula Niediek
Fraktionsvorsitzende

Graz, den 2. 11. 2017

Antrag 3

an die 11. Vollversammlung vom 9. 11. 2017
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

Maßnahmenkatalog erarbeiten zur Stärkung der Reparaturfähigkeit und Langlebigkeit von Produkten

Die sogenannte ‚Wegwerfkultur‘ bei normalerweise langlebigen Wirtschaftsgütern wächst in der Europäischen Union sehr schnell, insbesondere ist der enorme Zuwachs beim Elektromüll besorgniserregend. Das EU-Parlament hat deshalb schon im Jahr 2016 Maßnahmen zur Vermeidung von Elektromüll gefordert.

Jeder Mitgliedstaat kann jedoch im Vorfeld etwaiger EU-Maßnahmen eigene Schritte setzen, um den jährlich wachsenden Berg von elektronischem Schrott zu reduzieren. In Österreich häuft jede/r BewohnerIn jährlich allein 22,1 Kilo Elektroschrott an.

Eine wesentliche Verlängerung der Nutzungsdauer der meisten Elektroprodukte durch Maßnahmen gegen Obsoleszenz oder deren Reparaturmöglichkeit bei einem Schaden würden nicht nur die Lebenshaltungskosten der KonsumentInnen senken, sondern könnten auch Umwelt-Ressourcen in erheblichem Umfang schonen.

Ein erster Schritt wäre die Verpflichtung der Herstellerfirmen zur Produktinformation über die voraussichtliche Lebensdauer ihrer angebotenen Produkte. Allein diese Maßnahme würde sicher zu geändertem Kaufverhalten führen.

In Schweden geht die Regierung den Weg, der Wegwerfkultur mit Steueranreizen bei ‚Reparatur statt Neukauf‘ einen Anreiz zu bieten.

Auch hierzulande wäre es dringend notwendig mehrere Maßnahmenpakete mit unterschiedlichen Inhalten zur Stärkung der Reparaturfähigkeit und Langlebigkeit von Produkten zu entwickeln.

Antrag

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf, rasch Maßnahmen zu erarbeiten, die die Stärkung der Reparaturfähigkeit und Langlebigkeit von Produkten ermöglichen.

Für die Fraktion der AUGE/UG

Ursula Niediek
Fraktionsvorsitzende

Graz, den 2. 11. 2017

Antrag 4

an die 11. Vollversammlung vom 9. 11. 2017
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

Verständliche Sprache bei Aussendungen von Behörden

Viele Behörden verwenden im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern noch immer eine unverständliche Sprache. Formulierungen wie „saldierte Therapieabrechnung“ oder „Zählen zum Gesamteinkommen Ansprüche auf Leistungen Dritter auf Grund schadenersatzrechtlicher Bestimmungen, so kann der Sozialhilfeträger durch schriftliche Anzeige an den Dritten bewirken, dass diese Ansprüche bis zur Höhe des zu leistenden Beitrags auf den Sozialhilfeträger übergehen“ sind nur eingeweihten Fachleuten verständlich oder sind allein schon wegen Satzbau und Satzlänge vielen Menschen unverständlich, werden aber allen zugemutet. Umso schärfer stellt sich das Problem für Menschen mit Lernschwierigkeiten, aber auch für alle mit einer anderen Muttersprache als Deutsch.

Antrag

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Landesregierung auf, den Schriftverkehr aller ihrer Behörden auf schwer verständliche Formulierungen zu durchforsten und, wo nötig, zu vereinfachen. Ein Arbeitsstab bei der Landesregierung soll Formulare und Standardschreiben aller Behörden auf Verständlichkeit prüfen und als Beschwerdeinstanz für Bürgerinnen und Bürger dienen, die über Formulierungen stolpern.

Für die Fraktion der AUGE/UG

Ursula Niediek
Fraktionsvorsitzende

Graz, den 2. 11. 2017

Resolution 1

an die 11. Vollversammlung vom 9. 11. 2017
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

Hände weg von AK und Betriebsrat – gegen Anschläge auf ArbeitnehmerInnenrechte und ArbeitnehmerInnenvertretung

Institutionalisierte Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen, wie sie in Österreich durch Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Betriebsräte gewährleistet sind, garantieren ein Mindestmaß an Demokratie in Betrieben und Wirtschaft sowie Teilhabe der ArbeitnehmerInnen am gesellschaftlichen Wohlstand. Der Kampf der ArbeitnehmerInnen für demokratische und soziale Rechte - wie das Recht auf eigene gewerkschaftliche Vereinigungen, auf Versammlungsfreiheit sowie auf die Ausverhandlung von Kollektivverträgen - waren ein wesentlicher Beitrag zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft. GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen wurden dafür in der Vergangenheit kriminalisiert und verfolgt, ihre Organisationen verboten, aktive ArbeitnehmerInnenvertreterInnen waren immer wieder Repressalien ausgesetzt.

Seit einigen Monaten sind diese schwer erkämpften Einrichtungen der ArbeitnehmerInnenvertretung wieder vehementen Angriffen ausgesetzt, mehrere zum Nationalrat kandidierende Parteien traten durch ihre VertreterInnen öffentlich und in ihren Wahlprogrammen für Massnahmen ein, die zu einer Schwächung der Institutionen der ArbeitnehmerInnenvertretung führen.

Die geforderte Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft zu den Kammern würde mangels Bindung der Unternehmen an Kollektivverträge für ihre Branche de facto das Aus für branchenweite Mindestlöhne, Lohnerhöhungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überstunden- und Arbeitszeitregelungen etc. bedeuten. Eine Absenkung der AK-Umlage würde weniger Ressourcen für die Arbeit der Arbeiterkammern und damit eine schlechtere Interessensdurchsetzung für die abhängig Beschäftigten bedeuten. Zwei Millionen Beratungen von Mitgliedern finden in 90 regional verteilten Beratungszentren jährlich statt, über 500 Millionen Euro werden bei Problemen am Arbeitsplatz, Pleiten etc. für sie erstritten, in hunderten von Verhandlungen und Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungen werden ihre Interessen eingebracht und gewahrt. 6,91 Euro zahlen die Mitglieder im Schnitt pro Monat – weniger als drei Tassen Kaffee oder Tee im durchschnittlichen Kaffeehaus. 800.000 Mitglieder zahlen wegen zu niedrigen Einkommens gar keinen Beitrag und werden dennoch vertreten – eine ökonomische Schwächung der Arbeiterkammer würde auch zu einer ökonomischen und sozialen Schwächung der Beschäftigten in Österreich führen. Getroffen würden damit in erster Linie finanziell schwache Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die auf eine starke und durchsetzungsfähige Arbeiterkammer angewiesen sind.

Zuletzt wurde unter dem Titel der „Sparsamkeit“ auch die Reduktion der Betriebsratskörperschaften gefordert – eine Maßnahme, die zu einer empfindlichen Schwächung der betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung führen würde. Betriebsräte sichern die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Betrieb, sorgen für die Einhaltung von Rechten, gestalten Arbeitsbedingungen vor Ort, kontrollieren Schutzvorschriften und haben Mitwirkungsrechte bei personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Resolution

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark verwehrt sich gegen diese Angriffe auf die ArbeitnehmerInnenvertretung und ArbeitnehmerInnenrechte und wird mit aller Kraft gegen deren Abbau kämpfen.

Konkret fordert die Vollversammlung von der kommenden Bundesregierung

- **die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft zu den Kammern zu bewahren**
- **die Arbeiterkammerumlage nicht zu senken**
- **die demokratische Mitbestimmung in der Arbeitswelt und Wirtschaft nicht absondern auszubauen.**

Für die Fraktion der AUGÉ/UG

Ursula Niediek
Fraktionsvorsitzende

Graz, den 2. 11. 2017